

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.03.2024

Öffentlicher Teil

TOP . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Frau Gül teilt mit, dass die HAK-Gruppe eine Anfrage zu einem bilingualen Kindergarten habe. Sie beschreibt die Vorteile eines solchen Kindergartens und fragt, wann und auf welchem Grundstück die Stadt einem Träger die Möglichkeit geben könnte, eine solche Einrichtung zu errichten. Sie möchte wissen, ob es möglich sei, einen Träger, der bereits einen bilingualen Kindergarten betreibe, in den Jugendhilfeausschuss einzuladen, damit er sein Konzept vorstelle.

Sie führt weiter aus, dass die Westfalenpost heute berichtet habe, dass der Kindergarten in der Fleyer Straße keinen Investor habe und die Kosten zu hoch seien. Es stelle sich ihr die Frage, wie es aussehe, wenn man einen eigenen Investor finden könnte, der die Kosten dafür tragen würde. Könnte der Platz dann an den bilingualen Kindergarten vergeben werden?

Herr Reinke weist darauf hin, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Herr Hannusch betont, dass das eine Thematik sei, die man in der Vergangenheit schon häufig hier im Ausschuss behandelt habe. Er sei in der Angelegenheit auch schon Gast im Integrationsrat gewesen und habe dort die Fragen zur Bilingualität beantwortet. Auch in der Arbeitsgemeinschaft 3 habe man das Thema mit allen Trägern diskutiert. Die Empfehlung damals an den Jugendhilfeausschuss sei gewesen, dass man hier in Hagen in den Kitas über 150 Nationen vertreten habe und in vielen Einrichtungen über 20 bis 30 Nationen habe und dass das gemeinschaftliche verbindende Element aller Erziehungsbemühungen hier in Hagen die alltagsintegrierte Sprachbildung sei. Es stehe natürlich einem Träger, der ein Angebot im Bereich der Bilungualität habe, frei, in einem zukünftigen Interessenbekundungsverfahren, das für eine Neurichtung einer Kita dann angestrebt werde, seine Bewerbung einzureichen. Es gebe dann eine Art Jury, die entscheide, wer dann zum Zuge komme. Grundsätzlich sei hier in der Trägerlandschaft Konsens darüber erzielt worden, dass es wichtig sei, alle Kinder durch die alltagsintegrierte Sprachbildung an die Sprache deutsch heranzuführen, damit sie zum Zeitpunkt des Schuleintritts in der Lage seien, mitzukommen.

In Bezug auf die Fleyer Straße führt er aus, dass das ein sehr spezielles Projekt gewesen sei, bei dem der Investor auch Eigentümer des Grundstücks gewesen sei. Man sei aufgrund der Mietvorstellungen nicht zusammen gekommen. Er glaube nicht, dass dieser bereit sei, das in diesem Bereich irgendwie anders zu realisieren.

Herr Reinke stellt fest, dass die Fragen durch Herrn Hannusch bereits beantwortet worden seien. Damit entfalle die schriftliche Beantwortung.

Herr Eiche merkt an, dass es eine wissenschaftliche Erkenntnis, dass es besser sei, zunächst die Muttersprache zu erlernen und dann die Sprache deutsch, seines Erachtens nicht gebe. Mehrsprachigkeit sei seines Erachtens gut für Kinder.

Herr Reinke weist darauf hin, dass man bei dem TOP „Anfragen“ sei und dazu keine Aussprachen gemacht würden.